

Quelle:
OT 04.08.2007



Momentaufnahme: Der tägliche Feierabendstau in Haslachs Schwarzwaldstraße. Geht es nach der neuen Priorisierungsliste des Stuttgarter Innenministeriums wird sich an diesem Bild in den nächsten Jahrzehnten nichts ändern.

Foto: Manfred Pagel

Umfahrung erst nach 2025?

Priorisierungsliste im Stuttgarter Innenministerium stuft B-33-Umfahrung in unterste Kategorie ein

Der Bau einer B-33-Umfahrung Haslachs ist in weite Ferne gerückt. Die jetzt im Stuttgarter Innenministerium erarbeitete Priorisierungsliste (wir berichteten gestern) geht davon aus, dass erst nach 2025 mit der neuen Straße begonnen werden kann. Bislang war von einem deutlich früheren Baubeginn die Rede gewesen.

VON MANFRED PAGEL

Haslachs. Baden-Württemberg bräuchte jährlich über 300 Millionen Euro, um alle vorordentlichen Projekte des Bundes im Land bis 2015 bauen zu können. Tatsächlich stellt der Bund bisher durchschnittlich nur 175 Millionen Euro zur Verfügung. Damit kann nur etwa jede zweite Maßnahme in diesem Zeitraum fertig gestellt werden, rechnet man im Stuttgarter Innenministerium vor.

Die Folge: Alle anstehenden Straßenbauprojekte des aktuellen Bundesverkehrswegeplans wurden auf den Prüfstand gestellt und je nach Priorität ein-

gestuft. Im Fall der B-33-Orts-umfahrung Haslachs bedeutet diese neue Klassifizierung, dass die Planung vorerst nicht weiter betrieben werden kann, da die Finanzierung der Investitionskosten durch den Bund nicht absehbar ist.

Bleiben die Finanzzuweisungen des Bundes unverändert, ist die Aufnahme der Planung oder weiterer Planungsschritte erst ab 2015 ökonomisch geboten. Ein möglicher Baubeginn würde dann kaum vor 2025 sein können, weil im Schnitt rund zehn Jahre von Planung bis Umsetzung ins Land gehen. Die offizielle Sprachregelung lautet nun, die Planung solle stehen, wenn der Bund dafür das Geld bereitstellt. Rund 23 Millionen Euro hatten die Fachleute für die knapp drei Kilometer Straße um Haslachs herum an Baukosten hochgerechnet.

»Momentaufnahme«

»Die Liste ist nur Momentaufnahme«, betont Dietmar Enkel, Pressesprecher im Stuttgarter Innenministerium, deren Einstufung sich wieder ändern könnte. Gleichwohl unterstreicht er, dass nach momenta-

ner Einschätzung des Ministeriums nicht das Geld für die Ausarbeitung genehmigungsfähiger Pläne genügt werde. Neben den Kosten für die Umweltverträglichkeitsstudie mit rund 50 000 Euro stünden dann auch rund 150 000 Euro für den Entwurf selbst in Frage.

60 000 Euro ausgegeben

Ausgeben wurden bislang rund 60 000 Euro für die Verkehrsählung und eine hydrogeologische Untersuchung. Das Ergebnis der Verkehrszählung soll Mitte dieses Monats veröffentlicht werden, die Studie zum Wasser Ende des Jahres vorliegen.

Noch bei der Einweihung der neuen Bahnunterführung ins Mühlegrün Anfang Juli hatten der Freiburger Regierungspräsident Sven von Ungern-Sternberg und der hiesige CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Weiß bekräftigt, dass Haslachs Umgehung schnellstmöglich kommen soll und ein Planfeststellungsverfahren in 2009 laufen könnte. Damals war ausdrücklich gewürdigt worden, dass der Gemeinderat wenige Tage zuvor sein Votum zur »Bündeltrasse« längs der

Schwarzwaldbahn mit großer Mehrheit bekräftigt hatte.

Im Haslacher Rathaus hat man auf die neuen Entwicklungen zur Umgehungsstraße schon reagiert. Bürgermeister Heinz Winkler hatte noch vor seinem Urlaub einen Brief an die Abgeordneten in Bund und Land und das Wirtschaftsministerium geschrieben. Innenminister Heribert Rech verweist in seiner Antwort auf die zu niedrigen Bundeszuweisungen für Straßenbauprojekte, die bei weitem nicht ausreichen, um alle im Land anstehenden Maßnahmen zu bezahlen.

Nach den Sommerferien wird die Umgehungsstraße auch ein Hauptthema des Treffens mit Kultusminister Helmut Rau und MdB Peter Weiß sein. Helmut Rau betonte gestern auf Anfrage, dass er mit seinem Kabinettskollegen Rech schon über die neue Entwicklung gesprochen habe. »Wir müssen mit der etwas vagieren Aussicht leben«, unterstrich der Landtagsabgeordnete und versicherte, man werde nicht müde, in dieser Sache nachzuhaken. Gleichwohl sei Fakt, dass andere Verfahren wesentlich näher am Baubeginn sind.